Eine Frauenquote einzuführen ist einfach – und effektiv?

Am 26. April 2008 veranstaltete die *Südostasien Informationsstelle*, Essen in Münster das Tagesseminar: Politische Partizipation von Frauen in islamischen Ländern am Beispiel Indonesien, Malaysia und Pakistan.

Kristina Großmann

Kooperationspartner waren: MATA-Asien im Blick, Yayasan Jurnal Perempuan, Muhammadiyah Zweigstelle Deutschland (PCIM Jerman), Vereinigung Indonesischer Studierenden Deutschland (PPI Jerman), Watch Indonesia!, Eine Welt Forum Aachen und IMBAS.

In diesem vierten Seminar der Vortragsreihe zum Thema »Islam und Gender« der Südostasien Informationsstelle wurde der Fokus auf Südasien erweitert. Die circa 40 Teilnehmenden diskutierten unter der Moderation von Kristina Großmann lebhaft mit den drei ReferentInnen über die Möglichkeiten und Hindernisse der Repräsentation und Partizipation von Frauen in islamischen Ländern auf politischer Ebene.

Ahmad-Norma Permata, Doktorand an der Universität Münster. erläuterte die Situation in Indonesien. Nur 11.5 Prozent der Mitglieder des Parlaments sind Frauen und nur einer von 33 Gouverneursposten ist mit einer weiblichen Person besetzt. Während der Ära der Reformasi nach dem Sturz Suhartos 1998 erfuhr die Frauenbewegung Aufwind und es wurden einige Gesetze zur Verbesserung der Repräsentation von Frauen in der Politik verabschiedet. 2003 wurde das Wahlgesetz novelliert, welches die Berücksichtigung einer Frauenquote von 30 Prozent bei der Aufstellung der Kandidaten innerhalb einer Partei formuliert. Der Appellcha-

> Die Autorin ist im Vorstand der Südostasien Informationsstelle.

rakter und die fehlenden Sanktionsmöglichkeiten bei Nichteinhaltung stießen allerdings bei Frauenorganisationen auf starke Kritik. Erst 2008 wurde die Quote als verpflichtend eingeführt.

Rebecca Hegemann, ebenfalls Doktorandin an der Universität Münster, gab einen Einblick in die malaysische Politik. Dort sind im Parlament nur neun Prozent Frauen vertreten. In der Parteienlandschaft gibt es einige Unterschiede zu Indonesien. So existieren zumindest zwei Parteien (UMNO und Parti keADILan Rakyat), in denen Frauen im Vorstand vertreten sind. Im zivilgesellschaftlichen Bereich kämpft die Initiative Woman's Candidacy Initiative (1999 gegründet und von 37 NGOs getragen) für die Umsetzung demokratischer Rechte und die Förderung von Frauen in der Politik. Die Etablierung von Frauenpolitik als selbstständiges Feld im politischen und parlamentarischen Alltag und transformatorische Impulse durch Kooperation mit der politischen Opposition gelten als Erfolge dieser Organisation.

Andrea Fleschenberg dos Ramos Pineu, Dozentin an der Universität Hildesheim und Wahlbeobachterin bei den pakistanischen Wahlen 2008, erläuterte die Situation dort. Zwischen 2002 und 2007 führte Pakistan das Ranking von weiblicher politischer Repräsentation auf nationaler und regionaler Ebene in Südasien an. Die Vertretung in der Nationalversammlung liegt bei 21,3 Prozent. Die Mehrheit der Frauen kam durch reservierte Sitze ins Parlament. Dies ist ein wichtiger Unterschied zu Indonesien und Malaysia, denn dort sind Frauen-

guoten nur auf der Parteiebene festgelegt. Die meisten der Parlamentarierinnen sind politische Neulinge, ihre Partizipation im Parlament fördert jedoch die Legitimation und die Professionalität von Frauen in politischen Strukturen. Kurzfristiges Problem von »Ouoten-Parlamentarierinnen« ist die fehlende Unterstützung in der Partei und an der WählerInnen-Basis, um eigene, unabhängige Agenden voranzubringen. Während der Wahlen 2008 bestätigte sich der Trend politischer Repräsentation von Frauen auf Provinz- und nationaler Ebene.

Hindernisse für politische Partizipation von Frauen sahen alle drei Vortragenden in den Allianzen der lokalen und nationalen politischen Elite und in der Ablehnung durch lokale religiöse Führer sowie in der patriarchalen Geschlechtszuschreibung und der schlechteren ökonomischen Situation von Frauen. Trends einer Erhöhung der Repräsentation von Frauen sind zu beobachten und werden durch die Internationalisierung des Themas und die Stärkung der lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen gefördert. Trotz einer Zunahme des Einflusses von Gruppen, die sich einem konservativen Islam zuwenden, der Frauen aus der öffentlichen Sphäre drängt, nimmt die Partizipation von Frauen auf politischer Ebene nicht ab. So ist ein patriarchal ausgelegter Islam nur einer von mehreren Hinderungsgründen für Frauen auf politischer Ebene aktiv zu werden.